

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Vertheilung 9 mal wöchentlich, aus Montag aus. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.60 M., durch Träger und andere Vertheilungen (frei) 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.30 M., vierteljährlich 3.90 M. ohne Beleggeld. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der kgl. Polizeidirektion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Verhöre.

Verlag, Schriftleitung und Hauptredaktion: Wiesbaden, Rindfleischstr. 11. (Telefon Nr. 1918, 2018, 2017. — Anzeigenpreis: In Wiesbaden und Umgebung 25 Pf., in anderen Orten 30 Pf., in Fernorten 35 Pf. — Beleggeld 1.20 M. — Seitenpreis: 2.00 M. — Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 Pf. pro 1000.

Nummer 465.

Donnerstag, 12. September 1918.

72. Jahrgang.

Erfundungen an der westlichen Südfront.

Ämtlicher deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 12. Sept. (Ämtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nordöstlich von Dixhoote wurden Teilangriffe und bei Armentières und am La Bassée-Kanal Vorstöße des Feindes abgewiesen.

An den Kampfzonen entwickelten sich während des Tages unter hartem Feuer mehrfach Infanteriegefechte im Vorgelände unserer Stellungen. Am Abend heftiger Artilleriekampf zwischen den von Arras und Veronne auf Cambrai führenden Straßen. Englische Angriffe, die bei Eintritt der Dunkelheit gegen den Kanalschnitt Marquion-Havincourt vorbrachen, scheiterten vor unseren Linien.

Auch zwischen der Aisette und der Aisne nahm das Artilleriefeuer am Abend wieder an Stärke zu. Die Infanterietätigkeit blieb hier auf Vorfeldkämpfe beschränkt. Auf den Höhen nordöstlich von Fismes wurden französische Teilangriffe abgewiesen.

Erfolgreiche Erkundungstätigkeit an der lothringischen Front und in den Vogesen.

Der Erste Generalquartiermeister Eudendorff.

Die Wandlung im Westen.

Genf, 12. Sept. (Eig. Tel. ab.)

Der „Progres de Lyon“ meldet von der Front, daß eine neue Phase der Schlacht jetzt beginnt. Für diese neue Phase des Kampfes können drei Möglichkeiten in Betracht: Festlegung der Schlacht und Operationspause. Gegenoffensive der deutschen Truppen oder Fortsetzung der Offensive der alliierten Armeen. Der Berichtshatter scheint die letzte Möglichkeit weniger ins Auge zu fassen und schreibt: Die beiden ersten Annahmen dürften nicht unwahrscheinlich sein.

Die Augusterfolge unserer Luftstreitkräfte.

Berlin, 12. Sept. (Wolff-Tel.)

Die deutschen Luftstreitkräfte haben im August die größten Erfolge seit Kriegsbeginn erzielt. Sie schossen im ganzen 592 feindliche Flugzeuge ab, von denen 501 in unserm Besitz blieben. Wir verloren 147 Flugzeuge, von denen 70 in Feindeshand fielen. Unsere Flugabwehrschiffe vernichteten 63 Flugzeuge und zahlreiche Tanks. Unsere Bombengeschwader bewarfen feindliche Ziele mit 1158 Tonnen und bewirkten 14 ungewöhnlich starke Brände und neun besonders heftige Explosionen.

Tagesbericht des Admiralsstabes.

Berlin, 12. Sept. (Ämtlich.)

Um England herum verließen unsere U-Boote 10 600 Bruttoregistertonnen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Minen an der holländischen Küste.

Amsterdam, 12. Sept. (Wolff-Tel.)

Im August wurden an der niederländischen Küste 134 Minen angepflant, wovon 115 englischen, 13 deutschen und 6 unbekannter Herkunft waren.

Admiral Scheer über den U-Bootkrieg.

Berlin, 12. Sept. (Eig. Tel. ab.)

In einer dieser Tage gehaltenen Rede vor dem Unabhängigen Ausschuss für den deutschen Frieden teilte der Reichstagsabgeordnete Wildgrube eine Mitteilung des Admirals Scheer über die Wirkung des U-Bootkrieges mit. Sie lautet:

„Mit gutem Gewissen können Sie vor dem Lande sagen, daß es uns gelingen wird, mit den U-Booten England an den Verhandlungstisch zu bringen, nur muß ich es ablehnen, mich auf einen bestimmten Zeitpunkt festzulegen.“

Die finnische Krone.

Prinz Friedrich Karl von Hessen.

Kopenhagen, 12. Sept. (Eig. Tel. ab.)

Nach einem Telegramm aus Helsingfors hat Prinz Friedrich Karl von Hessen sich bereit erklärt, die Königskrone Finnlands anzunehmen. Der finnische Landtag tritt am 28. September zusammen. Eine Bestätigung der Nachricht steht noch aus.

Prinz Ernst Heinrich von Sachsen.

Kopenhagen, 12. Sept. (Eig. Tel. ab.)

Die Finnland-Reise des Prinzen Ernst Heinrich von Sachsen hatte Anlaß zu allerlei politischen Kombinationen gegeben. An maßgebender deutscher Stelle wird demgegen-

über erklärt, daß der Prinz, der im Osten bei einem Kavallerie-Regiment steht, die Reise während eines Urlaubs unternommen hat, lediglich um Land und Leute in Finnland kennen zu lernen.

Die Feinde der Bolschewiki.

Amsterdam, 12. Sept. (Eig. Tel. ab.)

Die „Times“ berichtet aus New York: Als der Petersburger Mitarbeiter der „New Yorker World“ mit einer Anzahl amerikanischer, italienischer und belgischer Beamten aus Rußland in Stockholm ankam, berichtete er seinem Blatt über die gräßlichen Zustände in Rußland, die nach seiner Meinung die Grenzen der französischen Revolution überstiegen. Daher seien auch nur 5 Prozent des russischen Volkes der Diktatur der Bolschewiki gewogen. Der amerikanische Arbeiterkommissar Robert Simon wurde von den Bolschewiki zum Tode verurteilt. Er entkam nach Finnland und hat sich mit seinen Leidensgenossen verschworen, die Bolschewiki bis zum Tode mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Die Lage der Engländer in Rußland.

Amsterdam, 11. Sept. (Privat-Tel. ab.)

Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ zufolge erklärt die „Daily Express“, daß die Lage in Rußland und Petersburg außerordentlich ernst werde, und daß die englische Regierung dadurch in eine schwierige Lage kommt. Es befinden sich mindestens tausend Engländer, darunter Verletzte in hohen Stellungen, in ungesunden Gefangnissen oder sind auf andere Weise von den Bolschewiki der Freiheit beraubt worden. Die russische Regierung wird wahrscheinlich jedem Verlangen der Bolschewiki, daß Dinnikoff und seine Genossen freigelassen werden sollen, als Bedingung für die Freilassung der englischen Untertanen in Rußland keine Aufmerksamkeit schenken. Die Vergeltung für die Ermordung des Kapitäns Cromie, des englischen Marineattachés in Petersburg, wird die erste Bedingung sein, die die Bolschewiki erfüllen müssen.

Der Patriarch von Georgien ermordet.

Konstantinopel, 12. Sept. (Wolff-Tel.)

Nach in diesem ausfindigen georgischen Kreisen angelangten verbürgten Nachrichten wurde der Patriarch und Erzbischof von Georgien, Kyrtion II., der sich vor einiger Zeit in ein Kloster in der Umgebung von Tiflis begab, um die Sommerzeit dort zu verbringen, von einem Unbekannten ermordet. Er wurde nach Wiederherstellung der Unabhängigkeit der autonomen nationalen Kirche Georgiens im vorigen Jahre von der Nationalversammlung aus Genua und Wien zum Oberhaupt der georgischen Kirche gewählt.

Schoropadski in Essen.

Essen, 12. Sept. (Wolff-Tel.)

Der Heiman der Ukraine, General Schoropadski, ist am Dienstag nachmittag zum Besuch auf Haniel eingetroffen. Im Gefolge des Heimans befanden sich Mitstreiter Seltenikoff, der Adjutant des Heimans, Graf Berchem, Legationsrat der ukrainischen Delegation, und Legationssekretär Alexor Dr. Meier. Am gestrigen Vormittag wurde eine Reihe Verhöre und der Speiselaß an der Hammerstraße befristet. Am Nachmittag wurde die Befestigung der Gussstahlfabrik fortgesetzt.

Vom englischen Gewerkschaftskongreß.

Bern, 12. Sept. (Wolff-Tel.)

Die fünfte Verhandlung des britischen Gewerkschaftskongresses in Derby führte die nach dem Ereignis des Vortages nicht mehr fragliche Entscheidung über Havelock Wilsons Verzicht, die englische Arbeiterkraft durch die Gründung einer neuen, friedliebenden Arbeiterpartei zu spalten, herbei. Sein Antrag wurde nach einer ziemlich gereizten Debatte mit erdrückender Mehrheit abgelehnt. Bessere Ereignisse waren die einstimmig angenommene Entschiedenheit zugunsten der Homersale in Irland und die mit harter Mehrheit angenommene Resolution zugunsten der Aufrechterhaltung des freien Handels nach dem Ariege. Taylor von den Londoner Schriftsetzern wies bei der Begründung der Resolution auf die unlängst von der Regierung angekündigten Vorzugsabfälle innerhalb des britischen Reiches hin, gegen welche die Arbeiterkraft auf der Hut sein müsse. Er verurteilte sehr energisch das Treiben des australischen Premierministers Hughes, der als Vordenker der Schutzpolitik das Land bereise. Verfüge, die Resolution durch den Hinweis zu Fall zu bringen, daß die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege Schutzzölle zur Sicherung der Lebensbedingungen der englischen Arbeiterkraft notwendig machen könnten, waren vergebens. Die Resolution wurde mit 2711 000 gegen 391 000 Stimmen angenommen.

Von der Londoner Sozialistenkonferenz.

Genf, 12. Sept. (Eig. Tel. ab.)

Die internationalisierte Arbeiter- und Sozialistenkonferenz wird in der nächsten Woche in London stattfinden. Der all-

gemeine Arbeiterbund und die sozialistischen Parteien haben ihre Delegierten für die Konferenz ernannt, die Ende der Woche nach London abreisen werden. — Wie das „Journal“ meldet, wird Comperes nach Schluß der Konferenz nach Paris kommen.

Zeitungsverleger und Papierfrage.

Berlin, 12. Sept. (Wolff-Tel.)

Am 11. September fand in Berlin eine allgemeine Zeitungsverlegerversammlung statt, die, vom Verein Deutscher Zeitungsverleger einberufen, sich mit der infolge der Kriegsverhältnisse immer schwieriger gehaltenen Frage der Zeitungsverleger und der Haltung der Reichsregierung in dieser Lebensfrage der deutschen Tagespresse beschäftigte. Schon der Besuch der Versammlung, in der über 1000 Zeitungen aus allen Teilen des Reiches vertreten waren, zeigte Zeugnis ab von der Bedeutung dieser Frage. Das Ergebnis der eingehenden Verhandlung war nachfolgende Entschlußfassung, die mit allen gegen zwei Stimmen angenommen wurde:

Die deutsche Presse befindet sich in einer ernsten Lage. Die Verhältnisse drohen einen Höhepunkt zu erreichen, der nicht mehr überschritten werden darf, soll nicht die altbewährte, historisch gewordene Struktur der deutschen Presse zerstört werden. Wird der dauernd steigende Belästigung nicht Einhalt geboten, so kann die Presse ihre wichtige vaterländische Aufgabe nicht mehr erfüllen. Sie verliert an Verbreitung und Einfluss. Das wichtigste Förderungsmittel unserer nationalen Interessen wird dadurch lahmgelegt. Wenn hier vom Reiche nicht eingegriffen wird, so sind die Zeitungen gezwungen, entweder ihren redaktionellen Teil bis zur Wirkungslosigkeit einzuschränken oder den Verkaufspreis in einem Umanne zu erhöhen, der dem Volke, für das die Zeitungen eine wesentliche geistige Nahrung sind, unter den heutigen Verhältnissen unmöglich ausgemittelt werden kann. Gerade jetzt wären die Folgen von verhängnisvoller Wirkung für das Staatsleben. Es ist deshalb ein unumgängliches Erfordernis, daß die Reichsregierung, wie bisher, dafür Sorge trägt, die deutschen Zeitungen vor einer unerträglichen Belästigung durch die Papierkosten zu bewahren.

Die preussische Wahlrechtsfrage.

Konsequenter Vorschlag für ein Berufswehrrecht.

Berlin, 12. Sept. (Wolff-Tel.)

In der Wahlrechtskommission des Herrenhauses wurde von konservativer Seite anstelle des zurückgezogenen Antrages auf Abänderung des § 2 eine Vorlage eingebracht, deren wesentliche Bestimmungen lauten: Jeder Wähler hat eine Stimme in einer Berufswählergruppe, der er nach seinem Hauptberuf im Sinne der Berufsklassifizierung des Deutschen Reiches angehört. Es werden 6 Wählergruppen gebildet. Gruppe 1 umfaßt die Selbständigen aus dem Bereiche der Land- und Forstwirtschaft, sowie der Fischerei. Gruppe 2 umfaßt den Rest der in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei Tätigen. Gruppe 3 umfaßt die Selbständigen aus Industrie und Handwerk. Gruppe 4 umfaßt die Selbständigen aus Handel und Verkehr. Gruppe 5 umfaßt alle übrigen Angehörigen von Industrie, Handel und Verkehr. Gruppe 6 umfaßt die Beamten und freien Berufe. Die Zahl der Mandate wird folgendermaßen verteilt: Gruppe eins 117, Gruppe zwei 41, Gruppe drei 89, Gruppe vier 48, Gruppe fünf 99, Gruppe sechs 35 Abgeordnete.

Für jede Wählergruppe werden unter Wahrung der Provinzgrenzen Wahlbezirke abgeteilt, deren jeder eine ungefähr gleiche Zahl der in der betreffenden Gruppe Wahlberechtigten umfassen soll. Der Minister des Innern jedoch sich grundsätzlich gegen die Annahme des Berufsabhängigen Wahlrechts aus und legte die Ungleichheiten dar, zu denen das in dem vorliegenden Antrag liegende System im einzelnen führen würde. Von mehreren Seiten wurde erneut der Wunsch ausgesprochen, daß die Regierung weiteres Material zur Prüfung der Wirkungen des Berufsabhängigen Wahlrechts beibringen möge, da man im Lande erwarte, daß diese wichtige Frage gründlich geprüft werde. Von anderer Seite wurden schwere Bedenken gegen den Antrag geltend gemacht.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

Ein gestern im „Vorwärts“ veröffentlichter Aufruf der sozialdemokratischen Partei erhebt gegen die Regierung den Vorwurf, daß sie latenten ziele, wie der Ausbruch des Herrenhauses, der die preussische Verfassungsvorlage berät das Zustandekommen der geplanten Reformen absichtlich verleihe. Dieser Vorwurf ist unbegründet. Die Staatsregierung hat keinen Anlaß, daran zu zweifeln, daß der Ausbruch des Herrenhauses die großen Aufgaben, die ihm gestellt sind, mit Ernst und Sachlichkeit behandelt. Der bisherige Verlauf der Beratungen läßt keinerlei Verschleppungsabsicht erkennen und schließt keineswegs aus, daß die Kommission zu Beschlüssen gelangt, die dem Ant-Erlass entsprechen und deshalb nicht nur für die Staatsregierung annehmbar sind, sondern auch dem preussischen Volke eine Befriedigung seiner berechtigten Wünsche gewähren. Es ist deshalb Pflicht der Regierung, in den Gang der Verhandlungen auszuweichen und nicht einzugreifen. Die

